

Carstensen: „Lübeck behält seinen Stellenwert“

Wer gegen die schwarz-gelben Pläne sei, müsse Alternativen bieten, sagt Peter Harry Carstensen. Im LN-Interview verteidigt der Ministerpräsident sein knallhartes Sparkonzept – und warnt davor, eine Region gegen die andere auszuspielen.

Lübecker Nachrichten: Herr Ministerpräsident, die Mediziner- und Ausbildung ist das Herzstück der Lübecker Uni. Warum nehmen Sie die den Lübeckern weg?

Peter Harry Carstensen: Es geht nicht darum, Lübeck etwas wegzunehmen. Wir finanzieren dort aber nun mal einen sehr teuren Studiengang, während wir andererseits unter einem enormen Spardruck stehen. Ohne den würden wir das nicht tun. So aber müssen wir Schwerpunkte bilden: Die Mediziner- und Ausbildung wird in Kiel konzentriert, dafür stärken wir in Lübeck die Naturwissenschaften.

LN: Wie?

Carstensen: Zum Beispiel mit der Ansiedlung des Fraunhofer-Instituts.

LN: Das Life-Science-Cluster, ein Vorzeigeprojekt, lebt nach Einschätzung der Experten aber wesentlich von Uniklinik und Mediziner- und Ausbildung. Fürchten Sie nicht, dass es Schaden nimmt, mit gravierenden wirtschaftlichen Folgen für die ganze Region?

Carstensen: Nein, das sehe ich nicht. Kurzfristig ist das sicher ein Einschnitt für Lübeck, langfristig wird das aber gar keine Verschlechterung bedeuten, weil wir ja, wie gesagt, die anderen Bereiche stärken.

LN: Das Sparpaket verschont Kiel in Sachen Hochschulen, auch die Fachhochschule Westküste wird nicht angetastet. Warum dann Lübeck?

Carstensen: Das Konzept ist, die Universitäten in ihren

Schwerpunkten zu stärken. Im Übrigen ist auch die Landeshauptstadt vom Sparpaket betroffen. Hier wird ein großer Teil der Landesbediensteten-Stellen abgebaut.

LN: ... und die Westküsten-Fachhochschule?

Carstensen: Warum sollen wir an der Westküste eine Hochschule schließen? Das machen wir anderswo doch auch nicht, nicht in Lübeck und nicht in Flensburg. Lübeck behält seinen Stellenwert. Aber eine Region gegen die andere auszuspielen, das machen wir nicht mit.

LN: Gegen die ebenfalls geplante Privatisierung der Uniklinik gibt es breiten Widerstand, auch von der Kreis-CDU und vom CDU-Arbeitnehmerflügel. Glauben Sie, dass Ihre Pläne trotzdem so durchs Parlament kommen?

Carstensen: Ich frage alle, die dagegen sind, welche Alternative mir angeboten wird. Das Uniklinikum hat nach vielen Jahren mit Defiziten immer noch einen Investitionsstau von fast 1000 Millionen Euro. Wie sollen wir das Uniklinikum da modernisieren und wettbewerbsfähig halten oh-

ne die Investitionen von Privaten, die wir als Land doch gar nicht bezahlen könnten?

LN: Das Uniklinikum schreibt wieder schwarze Zahlen, da könnte es die Investitionen womöglich selber finanzieren.

Carstensen: Schwarze Zahlen, ja, aber wie viel ist das? Es wäre ja schön, wenn das UKSH jedes Jahr 100 Millionen Euro Überschuss

hätte. Aber davon sind wir meilenweit entfernt.

LN: Anderes Thema. Sie wollen zur Haushaltssanierung Küstenbewohner für Bau und Unterhalt von Deichen und Schutzbauten zur Kasse bitten. Was werden ein Travemünder oder Grömitzer denn künftig pro Jahr an Küstenschutzabgabe zahlen müssen?

Carstensen: Das Ministerium wird bis 2012 ein Konzept entwickeln. Ich kann die genaue Zahl daher noch nicht nen-

nen, aber sie wird nicht erheblich sein, wenn man sieht, was da an Vermögen geschützt wird. Die Ostküste wird ohnehin kaum betroffen sein.

LN: Die Schulen müssen Lehrerstellen abgeben, die Polizei wird beim Sparen ziemlich geschont. Hat sich da der Innengegen den Bildungsminister durchgesetzt?

Carstensen: Nein. Polizisten gehen erst mit 62 in Pension, nicht mehr mit 60. Und die Stellen an den Schulen können wegen der rückläufigen Schülerzahl wegfallen. Wir werden das Zahlenverhältnis zwischen Lehrern und Schülern dadurch nicht verändern.

LN: Es war den Schulen aber versprochen worden, dass sie viele dieser Stellen als demografische Rendite behalten dürfen. Das Schüler-Lehrer-Verhältnis sollte dadurch deutlich verbessert werden.

Carstensen: Ja, das ist wohl wahr. Das werden wir aber nicht mehr in dem versprochenen Maße umsetzen können. Wir haben nicht die Möglichkeit, es zu finanzieren.

LN: Sie haben den Eltern kürzlich auch noch verspro-

chen, dass sie für die Schülerbeförderung nichts dazuschließen müssen. Wie erklären Sie es ihnen, dass sie jetzt doch zahlen müssen?

Carstensen: Wenn wir die Schülerbeförderung als Land weiter bezahlen, würde das letztlich zu Lasten der Kinder gehen – weil wir dafür weiter Schulden aufnehmen müssten, die die Kinder später einmal zurückzahlen müssten.

LN: Die Abgeordneten kürzen sich nur ein wenig die Zulagen, Minister haben künftig erst etwas später Pensionsansprüche. Hätten die Politiker nicht viel stärker bei sich selber sparen müssen?

Carstensen: Wir sind ja schon weit über das hinausgegangen, was zum Beispiel die Grünen fordern. Das wird bei der Bevölkerung auch akzeptiert, das habe ich in den vergangenen Tagen deutlich gemerkt.

LN: Sie rechnen damit, dass Sie die Neuverschuldung mit dem Sparpaket bis 2020 auf null bringen können. Dabei wird von einem Steuereinnahmewachstum von 2,5 Prozent ausgegangen. Was passiert, wenn sich das als zu optimistisch erweist?

Carstensen: Auf irgendeine Prognose muss man sich beziehen, und diese wurde aus den Erfahrungen der letzten 20 Jahre ermittelt.

LN: Wenn es aber nicht hin- und her geht, kommt dann ein neues Sparpaket, oder ...

Carstensen: Wenn uns der Himmel auf den Kopf fällt, müssen wir neu überlegen.

Interview: Wolfram Hammer

